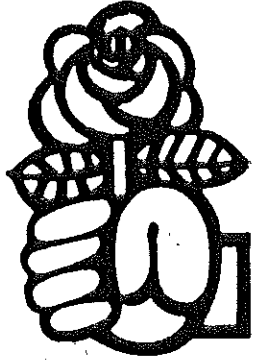


VORAN

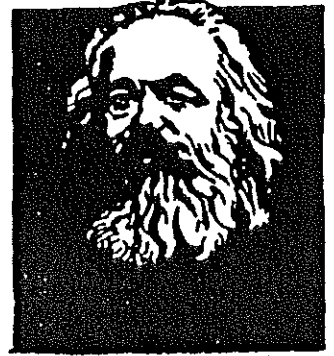
Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften



INFO-DIENST

Nr. 10



Gegen Privatisierung und Kahlschlag bei der Post



I N H A L T

- Material der Deutschen Postgewerkschaft, der Jungsozialisten und aus der Presse
- Forderungen
- Unterschriftenliste
- Erste Hinweise und Tips für die Arbeit

Hinweis: Aktionstag der Postgewerkschaft am 28.3.88. Informiert Euch vor Ort und beteiligt Euch!

Solidaritätspreis: 2,- DM

Die Bundespost soll zerschlagen werden

Die Bundespost soll zerschlagen werden. Das Zusammenwachsen von Computer-, Nachrichten- und Bürokommunikation wird zum Vorwand genommen, Strukturen der Nachrichtenversorgung zu zerstören.

Eine Allianz mächtiger Interessen will eine andere Bundespost. Teile der Regierungskoalition und der Wirtschaft, internationale Multis und Privatisierungs-Ideologen blasen zum Angriff. Die einheitliche Versorgung von Bürgern und Wirtschaft mit Leistungen des Post- und Fernmeldewesens steht auf dem Spiel.

Sie reden vom Wettbewerb und meinen Privatisierung. Sie reden von mehr Freiheit und wollen Rosinenpickerei – nun auch im Fernmeldewesen. Nach der Bundestagswahl soll zugeschlagen werden.

Als Modell zeichnet sich ab:

- Trennung von Post- und Fernmeldewesen;
- Aufspaltung von Post- und Fernmeldewesen in selbständige Teilunternehmen, teilweise in privater Rechtsform;
- Zerstörung des Verbundes von Brief- und Paketdienst, Bank- und Postdienst, Daten- und Fernsprechdiensten.
- Verlagerung von Zuständigkeiten weg von der Bundespost und Privatisierung bisheriger Leistungen im Post- und Fernmeldewesen.
- Es verbleibt eine öffentliche Rumpfpост. Sie soll sich auf den Aufbau und den Betrieb der extrem teuren Netze im Fernmeldewesen beschränken. Es ist zu befürchten, daß auch im traditionellen Postwesen Teile ausgegliedert werden.
- Statt für alle gleiche zumutbare Gebühren: Künftig soll es in den ausgegliederten Teilbereichen profitorientierte Preise geben.

„Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück... Die Bundesregierung wird auf Entscheidungen drängen, damit die neuen Techniken freiheitlich genutzt werden können.“

(Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 4. Mai 1983)

Das Zusammenspiel solcher privatwirtschaftlichen Interessen und konservativer Politik richtet sich gegen Bürger und Arbeitnehmer.

Die Bundesregierung beschwört die „Selbstheilungskräfte des Marktes“. „Selbstgeheilt“ wurden durch diese Politik jedoch nur Großverdiener und wirtschaftlich Mächtige. Den Arbeitnehmern hingegen hat dieser „freie“ Markt eine Massenarbeitslosigkeit von mehr als 2,2 Millionen registrierte und 1,2 Millionen nicht erfaßte Arbeitslose sowie Umweltprobleme größten Ausmaßes beschert.

Der öffentliche Dienst läßt seinen erforderlichen Beitrag zur Milderung der Beschäftigungsprobleme vermissen.

Staatliche Beschäftigungsprogramme, wie sie der DGB seit langem fordert, werden abgelehnt. Nach dem jahrelangen Griff ins Portemonnaie der Arbeitnehmer und der Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten ist jetzt der nächste Schlag auf sozialstaatliche Strukturen beabsichtigt. Nun sollen auch weite Teile des öffentlichen Dienstes konservativer Ideologie untergeordnet werden.

Der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt (Staatsquote) wird zu Lasten der Versorgungssicherheit der Bürger abgebaut. Privaten werden neue Bereiche des öffentlichen Dienstes für Rosinenpickerei geöffnet. Durch Zerschlagung und Privatisierung (z. B. Volkswagenwerk, Deutsche Lufthansa usw.) soll der öffentliche Dienst auf eine Lückenbühlerrolle zurückgedrängt werden.

Die Bürger zahlen die Zeche mit Kosten, größeren Wegeleistungen sowie einer schlechteren Versorgung von Stadttrand- und Landgebieten und strukturschwachen Industrieregionen.

Die Arbeitnehmer zahlen die Zeche durch eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Arbeitnehmerrechte. Mit dem Schlagwort von der vermeintlichen Arbeitsplatzsicherheit wird versucht, die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gegen die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft auszuspielen.

Mehr Freiheit und weniger staatliche Verantwortung ist das Motto.

Durch eine Zerschlagung der Bundespost wird

- die Einheit des Post- und Fernmeldewesens zerstört;
- die Grundlage für die Erfüllung des sozialstaatlichen Auftrags der Deutschen Bundespost beseitigt, wonach jeder Bürger an jedem Ort zu gleichen Bedingungen die Leistungen für seine Kommunikationsversorgung in Anspruch nehmen kann;
- dem Postwesen die finanzielle Grundlage zur Erfüllung des gemeinwirtschaftlichen Auftrages entzogen und
- für einen Großteil der mehr als 540 000 Beschäftigten der Bundespost ihr Arbeitsplatz, ihre soziale Absicherung und ihre Berufserwartung gefährdet.

Privatisierungshale wittern ihre Chance. Deshalb müssen wir uns wehren!

Die DPG klärt mit ihrer Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ Beschäftigte, Kunden und Öffentlichkeit auf. Wir wollen klare Antworten von Regierung, Parteien und Parlamenten.

Die Zukunft der Bundespost muß im Interesse von Postkunden und Beschäftigten gesichert werden.

Interessen und Interessenten

Kapitalinteressen

Das Profilitere des „großen Geldes“ steht im Zentrum, flankiert und vertreten von einer Politik, die das Wohl weniger Unternehmen über das Gemeinwohl stellt.

Wirtschaftsverbände, wie z. B. der Deutsche Industrie- und Handelstag fordern

- eine neue Organisationsstruktur im Fernmeldewesen, die zu Lasten der Bürger die großen Anwender bevorzugt;
- riesige technische Vorleistungen der Bundespost durch Aus- und Aufbau der extrem teuren Netze (z. B. ISDN, Glasfaser-Overlay-Netze, Satelliten-Netze);
- eine Trennung „unternehmerischer“ Aufgaben der Bundespost von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dies heißt Gründung von Teilgesellschaften für gewinnversprechende Aufgaben (z. B. für die Vermarktung neuer Dienste und Endgeräte). Mischformen, wie z. B. Service-Gesellschaften und Kooperationsmodelle, werden bereits erprobt;
- die Zulassung privater Spezialnetze und deren Nutzung;
- die Zulassung privater Dienste-Betreiber (sog. Carrier), die lukrative Teile des öffentlichen Netzes im Fernverkehr zu günstigen Bedingungen nutzen und so die Gebühren der Bundespost unterbieten wollen;
- die Beseitigung der Kompetenz der Bundespost für die Festlegung der technischen Standards für Netze, Dienste und Endgeräte.

Ausländische multinationale Unternehmen

Weltweit agierende Super-Multis der Telekommunikations- und Computerbranche wollen die in West-Europa weitgehend noch vorhandenen staatlich geregelten Strukturen im Post- und Fernmeldewesen zerschlagen, um sich direkte neue Absatzmärkte zu verschaffen.

Mit ihrer wirtschaftlichen Macht haben sie politischen Druck mobilisiert und bereits erste Durchbrüche in Großbritannien und den Niederlanden erzielt. Auch in Belgien und nun auch in Frankreich existieren Privatisierungspläne.

In Japan ist die Privatisierung des staatlichen Unternehmens „Nippon Telephone and Telegraph“ inzwischen abgeschlossen.

Einflußstarke Teile der liberal-konservativen Koalition

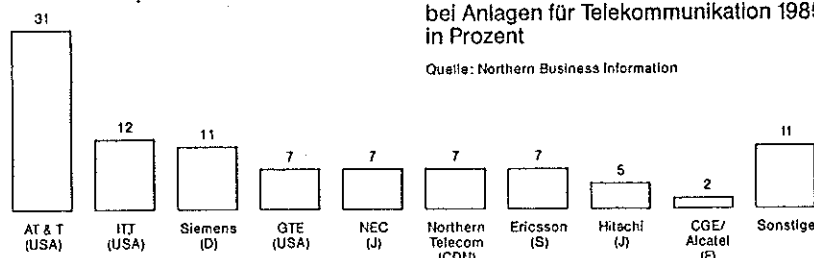
Die Bundesregierung hat eine „Regierungskommission Fernmeldewesen“ eingesetzt.

Die Regierungskommission soll untersuchen:

- „die gegenwärtige und zukünftige Aufgabenstellung im Bereich des Fernmeldewesens unter nationalen und internationalen Aspekten;
- den Umfang, die Grenzen und Strukturen staatlicher Aufgaben im Bereich des Fernmeldewesens;
- die organisatorische, wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzung für eine anforderungsgerechte und rationelle Erledigung der staatlichen Aufgaben durch die Bundespost;

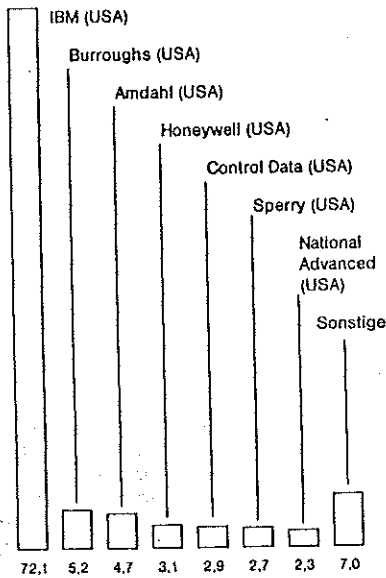
Weltmarkt-Anteile bei Anlagen für Telekommunikation 1985 in Prozent

Quelle: Northern Business Information



– die staatliche Rahmensetzung für die Erfüllung von privatwirtschaftlichen Aufgaben.“ In dieser „Regierungskommission Fernmeldewesen“ sind die Arbeitnehmer und

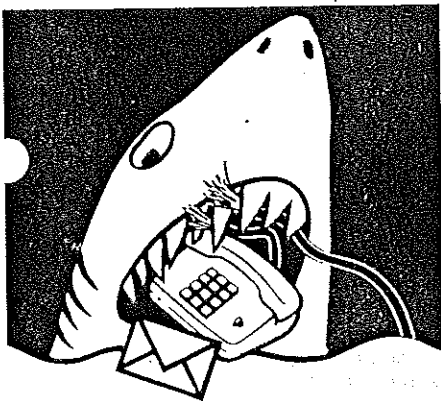
Weltmarkt-Anteile
(Lieferwerte) an Großrechnern
1984 in Prozent



Verbraucher absolut in der Minderheit. Ein zusätzliches Indiz, daß die Bundesregierung offensichtlich bereit ist, dem Druck des „großen Geldes“ nachzugeben.

„Gleich nach der Bundestagswahl werden wir das Thema Privatisierung energisch in die Koalitionsverhandlungen einbringen. Davon werden selbst Betriebe wie Luftansa und Bundespost nicht verschont werden.“

(FDP-Generalsekretär Haussmann in einem Interview mit dem Kölner Express am 9. Juli 1986)



Der Sachverständigenrat

Der von der Bundesregierung berufene Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („die fünf Weisen“) hat in seinem Jahresgutachten 1985/86 die Linie der Wirtschaftsverbände, des Wirtschaftsrates der CDU sowie der FDP für eine Zerschlagung des Post- und Fernmeldewesens übernommen.

Man verweist auf die vermeintlichen Erfolge der Zerschlagung der Kommunikationsstrukturen in den USA und Großbritannien. Man verschweigt jedoch die inzwischen bekannten sehr negativen Folgen für die Bürger.

Die Europäische Kommission

Die EG-Kommission ist Vollzugsorgan der mehrheitlich konservativen Regierungen in Europa. Sie will u. a. einen gemeinsamen Markt der Telekommunikations- und Computerbranche errichten, der gegenüber den Welthandelszentren USA und Japan konkurrenzfähig ist.

Die von ihr angestrebte Standardisierung und Harmonisierung der Systeme und Endgeräte dient vor allem als Mittel zum Zweck der Wettbewerbsförderung. Gewachsene öffentliche Strukturen des Fernmeldewesens und das Prinzip der Daseinsvorsorge drohen dabei zerstört zu werden, denn:

Die EG steht unter dem Einfluß insbesondere der nationalen Industrien und ihrer Verbände sowie der Wirtschafts- und Industrieministerien.

„Vielmehr muß den privaten Unternehmen mehr Spielraum gegeben werden. Unausgeschöpfte Möglichkeiten gibt es im Bereich des Fernmeldewesens. Um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten, muß der Betrieb der Fernmelde-netze auch künftig staatliche Aufgabe bleiben. Für alle anderen Tätigkeiten der Bundespost gilt das aber nicht.“

(Bundeswirtschaftsminister Bangemann auf der CeBit-Messe in Hannover am 11. März 1986)

Die Politik des Bundespostministers

Der Bundespostminister hält sich in der ordnungspolitischen Auseinandersetzung bisher bemerkenswert bedeckt. Ob er bereit ist, sich dem Druck des „großen Geldes“ zu widersetzen, ist jedoch ungewiß. Ernsthafte Zweifel sind berechtigt:

Beispiele aus dem Fernmeldewesen

- Aufgabe des Teilnehmerverhältnisses bei Breitbandkabelanschlüssen;
- völliges Herausdrängen der Bundespost aus der Hausinstallation bei der Breitbandverkabelung;
- Kooperationsmodelle mit Privaten bei Breitbandkabelnetzen;
- bundesweite Einrichtung privatrechtlicher Servicegesellschaften für Breitbandkabelanschlüsse;
- Zulassung privater schnurloser Telefone und
- Aufgabe des Monopols für analoge Modems beim Datenverkehr.

Beispiele aus dem Postwesen

- Halbherziges Vorgehen bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots im Postdienst;
- Zurückhaltung bei der Erweiterung der Dienstleistungspalette im Post-Bank-Dienst;
- schwere Schädigung des Rufes der Bundespost durch bestellte externe Auftragsgutachten von Unternehmensberatungsfirmen (z. B. Knight-Wending, Mummert & Partner) und Zulassen deren ungeprüfter vorzeitiger Bekanntgabe;

„Die DBP kann in einzelnen Bereichen zwischen 10 bis sogar 20 Prozent (im Fernmeldewesen noch darüber) Personaleinsparungen vornehmen.“

(E. Wohlgehaben von Mummert & Partner, zitiert im Handelsblatt vom 18. 5. 1985)

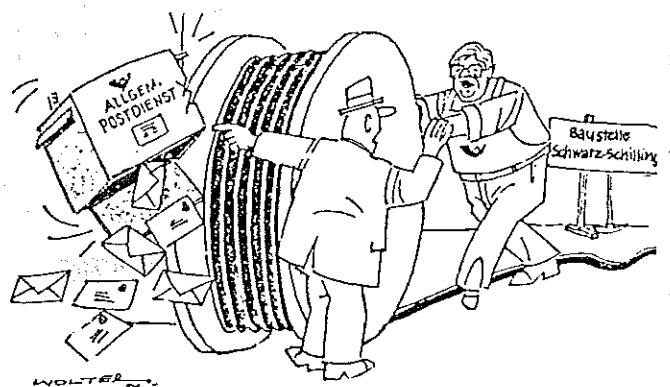
- Veröffentlichung von in der Sache falschen Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Bundespost im internationalen Vergleich, die zu völlig falschen Schlüssen führen sowie Unterlassen von Klarstellungen zu den veröffentlichten Materialien;
- Unterlassen rechtzeitiger maßvoller Gebührenanpassungen. Die dann später notwendigen großen Gebührensprünge bringen die Bundespost unnötig ins Gerede und verstärken den Privatisierungsdruck („Private machen dies alles billiger“);
- öffentliches Eintreten zu Gunsten freier „Preisbildung am Markt“.

„Wir brauchen aber im Wettbewerb mehr Bewegungsspielraum, mehr Flexibilität ... Für ein solches Angebot brauchen wir Preise und nicht das heutige System von Gebühren ...“

(Minister Dr. Schwarz-Schilling in einem Informationsbrief für Mitarbeiter vom Juni 1986)

Beispiele aus der Betriebspolitik

- Überspitztes betriebswirtschaftliches Kostendenken bestimmt die Dienstleistungspolitik.
- Flächendeckende Infrastruktur des Post- und Fernmeldewesens wird dabei weiter ausgedünnt, z. B. durch Schließung von Poststellen, Kürzung von Schalteröffnungszeiten oder Zentralisierung von Fernmeldedienststellen.
- Rigide Rationalisierungspolitik führt zu einer hohen Leistungsverdichtung, wirkt einer kundengerechten Bedienung entgegen und verschlechtert die Dienstgüte. Die Reduzierung der Briefkastenleerung ist als Service-Verschlechterung verstanden worden.
- Die Identifizierung der Bürger mit „Ihrer Post“ nimmt schweren Schaden, wenn so getan wird, als sein die DBP ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Hierdurch



„Aus dem Weg!
Wo gekabelt wird,
fallen Späne!“

nimmt die Bereitschaft der Bürger ab, sich für die Erhaltung und Fortentwicklung eines einheitlichen Post- und Fernmeldewesens einzusetzen.

- Zwischen den Beschäftigten und den politisch Verantwortlichen der DBP haben diese Widersprüche zu einer Vertrauenskrise geführt. Hier vor allem wegen der wenig verantwortungsvollen Rationalisierungs-, Personal- und Privatisierungspolitik.

Ungenügendes soziales und gesellschaftspolitisches Problembewußtsein bei Fragen der Technologiegestaltung bringt die Bundespost zunehmend in die Kritik. Überwachungsstaat, Datenschutz, Rationalisierungsfolgen sind Schlagworte dieser Diskussion.

Auch das Postwesen ist in Gefahr

Der Angriff zielt zunächst auf das Fernmeldewesen. Die Deutsche Bundespost soll dort von Betätigungsfeldern ausgeschlossen bzw. verdrängt werden. Doch wer das Fernmeldewesen zerschlägt, trifft auch das Postwesen.

Alle Erfahrungen aus dem Ausland beweisen: Bei der Zerschlagung bzw. Privatisierung des Fernmeldewesens bleibt auch das Postwesen auf der Strecke. Auf unsere Verhältnisse übertragen heißt dies: Nicht nur die Erhaltung und der Ausbau der Dienstleistungen des Postwesens sind in Gefahr, sondern auch ein großer Teil der 290 000 Arbeitsplätze bei Ämtern des Postwesens.

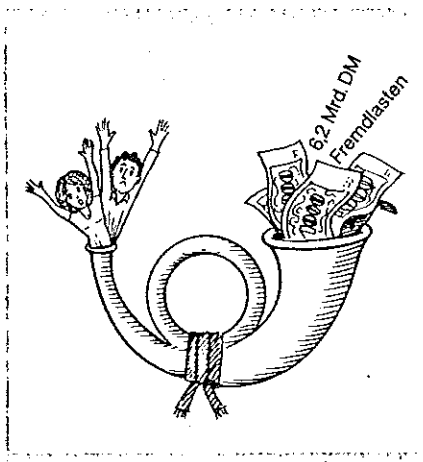
Die drohende Trennung von Post- und Fernmeldewesen beseitigt für die Postkunden wichtige Verbundvorteile des gemeinsamen Angebots von Post- und Fernmeldediensten.

Die technische Entwicklung wird dazu führen, daß immer mehr Verbunddienste des Post- und Fernmeldewesens entstehen können (z.B. Telebrief). Die Zunahme an technischer Kommunikation wird außerdem zu Forderungen nach vermehrten sozialen Diensten des Postwesens führen. Solche Chancen künftiger Entwicklungen sind aber nur umfassend und sinnvoll bei einer engen Verzahnung der Infrastrukturen des Post- und Fernmeldewesens zu nutzen.

Bei einer Zerschlagung des Post- und Fernmeldewesens gehen darüber hinaus wichtige Kostenvorteile verloren. Die Mischkalkulation (Kostenausgleich zwischen Dienstzweigen, die Überschüsse erbringen und solchen, die aus gesellschaftlichen bzw. aus politischen Gründen nicht kostendeckend arbeiten) ist aber Voraussetzung für ein funktionsfähiges gemeinwirtschaftlich verpflichtetes Post- und Fernmeldewesen.

Die durch politische und betriebsfremde Lasten verzerrte Kostenrechnung erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck, große Teile des Postwesens seien wegen hoher Defizite auf Dauer untragbar. Die Ablieferung an den Bund in Höhe von rd. 4,5 Milliarden DM wie auch politische und betriebsfremde Lasten in Höhe von rd. 1,7 Milliarden DM sind voll den einzelnen Dienstzweigen zugerechnet und ziehen sie teilweise erst ins Defizit. Ohne diese politischen Lasten hätte das Postwesen 1985 in etwa kostendeckend gearbeitet!

Das von der Bundesregierung vertretene „Subsidiaritätsprinzip“ geht davon aus, daß nur solche Dienstleistungen im öffentlichen Dienst verbleiben, die die Privatwirtschaft nicht will oder die sie nicht erbringen kann.



Dies heißt: Die guten Risiken werden privatisiert und die schlechten bleiben bei der Bundespost.

Die verbleibende Rumpfpост müßte, um höhere Verluste zu vermeiden, noch stärker rationalisieren – auf Kosten des Personals. Heraus kämen: Schlechtere Leistungen für die Bürger bei höheren Gebühren sowie schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Eine Trennung des Post- und Fernmeldewesens geht also zu Lasten von Postkunden und Beschäftigten. Private Anbieter von Postdienstleistungen sind in erster Linie an ihrem Profit interessiert. Sie werden unrentable Leistungen einstellen.

Nicht für alle gleiche Gebühren, sondern profitorientierte Preise müssen dann die Postbenutzer zahlen. Nicht mehr verlässliche Bedienungspflicht, sondern herausholen, was die Marktlage hergibt, ist dann das Ziel.

Wirkungen einer Zerschlagung

Für die Beschäftigten der Bundespost

Bei der Deutschen Bundespost engagieren sich 540 000 Beschäftigte für eine gute Kommunikationsversorgung der Bundesrepublik.

Würde die Deutsche Bundespost ganz oder teilweise privatisiert, von Zukunftsmärkten der Kommunikation ausgeschlossen oder jeder einzelne Dienstzweig für sich kostendeckend betrieben, wären die Beschäftigten die Hauptopfer.

Die Berufsaussichten zahlreicher Beschäftigter, auch hochqualifizierter Techniker, würden immer unsicherer.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen würden schlechter. Dies zeigt u. a. ein Vergleich mit privaten Reinigungsfirmen, privaten Paketdiensten und einer Reihe privater Fernmeldebaufirmen.

Aus wissenschaftlichen Studien über die konkreten Wirkungen von Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Niedersachsen wissen wir:

- Im öffentlichen Dienst werden Beschäftigte umgesetzt, bisweilen auch entlassen.

„Die etwa 80 Mitarbeiter des Unternehmens installieren im Akkord Telefone für die Post und legen Kabelanschlüsse. Dabei werden sie, so beklagt die Verwaltungsstelle Berlin der Industriegewerkschaft Metall, weit unter Tarif bezahlt.“

(Aus einem Bericht im „stern“ vom 5. 6. 1986 über eine private Fernmeldebaufirma)

„Von den schätzungsweise 400 000 Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk sind rund 90 Prozent sogenannte geringfügig Beschäftigte: überwiegend Frauen, die maximal DM 410 im Monat verdienen dürfen, nicht krankenversichert, nicht rentenversichert und auch gegen Arbeitslosigkeit nicht versichert sind.“

(Aus einem Bericht in der „Welt der Arbeit“ vom 27. 3. 1986)

Unter dem Strich fallen 30 bis 50 Prozent der Arbeitsplätze weg, weil bisherige Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Das gilt auch für Ausbildungsplätze.

Das soziale Niveau der verbleibenden Arbeitsplätze sinkt, z. B. bei Lohn und Gehalt, bei den Arbeitsbedingungen und auch bei Einfluß- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten. Gewerkschaftlicher Zusammenschluß und Betriebsratswahlen werden häufig unterbunden.

Auch die ausländischen Erfahrungen mit einer Zerschlagung des Post- und Fernmeldewesens bestätigen diese negativen Auswirkungen!

Für Arbeitnehmer in anderen Wirtschaftsbereichen

Hier nur zwei Beispiele:

Der öffentliche Dienst setzt soziale Standards z. B. in der Altersversorgung und beim Kündigungsschutz. Was wäre, wenn es diese Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes nicht mehr gäbe?

Die Bundespost investiert jährlich ca. 18 Milliarden DM. Davon hängen über 200 000 Arbeitnehmer der Fernmelde- und Elektroindustrie, des Handwerks, des Baugewerbes usw. direkt ab. Was wäre, wenn multinationale Konzerne an die Stelle der Bundespost träten? Wohin würde dann die Arbeit fließen? In Billig-Lohn-Länder, zu Leiharbeitsfirmen, zu Firmen, wo es keine Betriebsräte gibt und Gewerkschaften nicht gewollt sind.

Für die Postkunden

Jede Zerschlagung öffentlicher Verantwortung, jede Privatisierung hat negative Folgen für Privatkunden wie auch für gewerbliche Nutzer.

Die wissenschaftliche Studie der Gewerkschaft ÖTV über die Privatisierung in Niedersachsen belegt:

- Privatisierung verteuert oder verringert gerade die öffentlichen Dienstleistungen, auf die Arbeitnehmer und Bezieher kleinerer Einkommen angewiesen sind.

- Nur selten tritt an die Stelle der öffentlichen Dienstleistung das „freie Spiel“ von Angebot und Nachfrage. Tatsächlich werden häufig entweder neue private Monopole oder unterschiedliche Formen staatlich abgesicherter Gewinnerzielung geschaffen, z. B. durch Zahlung von Zuschüssen.

Die Postler wissen aus der Erfahrung im Paketdienst: Die Rosinenpickerei führt dazu, daß weite Landstriche und viele Bevölkerungsgruppen Paket-Dienstleistungen nur in Anspruch nehmen können, weil es noch die Bundespost gibt. Gäbe es sie nicht, wäre das Versenden von Paketen und Päckchen Luxus, wie inzwischen das Telefonieren in einigen Gebieten der USA.

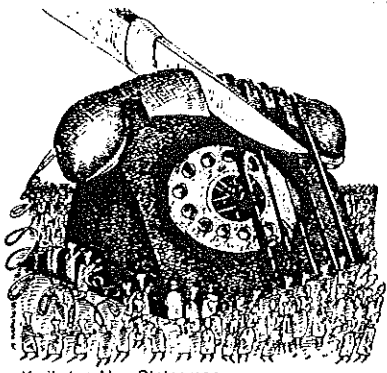
Generell gilt: Ohne eine flächendeckende Versorgung mit Post- und Fernmeldediensten würden:

- sich das Stadt-Land-Gefälle vergrößern;
- dünn besiedelte Gebiete vom technischen Fortschritt abgekoppelt mit negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit dort angesiedelter Firmen;
- Arbeitnehmer und Kleinkunden höher belastet,
- große kommerzielle Nutzer dagegen von bestimmten Gebührenverbilligungen profitieren und
- ärmere Bevölkerungsschichten durch allzu teure Preise von neuen aber auch bisherigen Kommunikationsmöglichkeiten abgekoppelt.

Der Bundespostminister hat für die Konferenz der Länderwirtschaftsminister modellhaft ausgerechnet, wie sich die Telefongebühren in der Bundesrepublik entwickeln würden, wenn die Bundespost der Forderung nach einheitlichen Tarifen für Orts- und Ferngespräche und für den Datenverkehr entsprechen würde:

Es gäbe dann Einheitszeittakte von 40 bis 50 Sekunden am Tag und 60 bis 75 Sekunden in der Nacht. Orts- und Nahgespräche würden etwa zehnmal teurer, Ferngespräche auf ein Viertel verbilligt!

Fazit:
Eine Zerschlagung nützt nur den Privatisierungshaien.



Karikatur: New Statesman

Die Position der Deutschen Postgewerkschaft

Bundespost erhalten

Das ordnungspolitische Ziel der DPG in der Kommunikationsversorgung: Die Bundespost erhalten, ihre Zukunftschancen im Interesse von Bürgern und Beschäftigten sichern.

Die DPG fordert eine Post- und Fernmeldepolitik, die geordnete öffentliche Strukturen erhält und weiter entwickelt. Diese Politik muß aufbauen auf einer zukunftsweisenden und finanziell abgesicherten Grundlage. Mit der Bundespost verteidigt die DPG eine wichtige volkswirtschaftliche Infrastruktur und damit einen wichtigen Teil unseres Sozialstaates.

In der Auseinandersetzung geht die DPG von folgenden Grundpositionen aus:

Das Post- und Fernmeldewesen hat als öffentliche Betriebsverwaltung die Aufgabe, eine umfassende Versorgung der Wirtschaft und der privaten Verbraucher mit Dienstleistungen der elektronischen und körperlichen Nachrichtenübermittlung flächendeckend sicherzustellen, Kleingüter zu transportieren und Leistungen der Postbankdienste anzubieten.

Im Unterschied zu privatwirtschaftlichen Unternehmen kann die Bundespost bei entsprechenden politischen Entscheidungen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.

Die Bundespost muß ihre politischen, rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Funktionen behalten, um ihren gemeinwirtschaftlichen Auftrag zu erfüllen.

Das heißt:

- Die Bundespost muß zwar insgesamt kostendeckend arbeiten, unterliegt aber nicht wie Private dem Zwang zur Gewinnmaximierung. Allein schon so ist sie besser geeignet, Aufgaben zu erfüllen, die im marktwirtschaftlichen System nicht oder nicht ausreichend erbracht werden;
- die Bundespost unterliegt der öffentlichen Kontrolle durch Parlamente und den Postverwaltungsrat und ist an die Grundlinien der Politik der Bundesregierung gebunden. Sie kann deshalb unmittelbar auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele eingehen;
- die Bundespost kann die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über ihre unmittelbare Aufgabenstellung hinaus unterstützen. Dies z. B. durch Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze oder durch eine antizyklische Investitionspolitik.

Wogegen wir uns wehren

Die DPG bekämpft alle Bestrebungen,

- den Verbund und das Betreiben der Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens auszuhöhlen bzw. zu beseitigen,
- Dienstleistungen und Aufgaben im Post- und Fernmeldewesen zu privatisieren,
- die Beteiligung der Bundespost an den Märkten für neue Endgeräte einzuschränken bzw. sie dort auszuschließen,
- die Netzträgerschaft, das Netzeigentum und die Netzverantwortung der Bundespost in Frage zu stellen und
- die öffentlichen Netze der Bundespost sogenannten Agenturbetrieben zu öffnen, die damit als konkurrierende Netzbetreiber den flächendeckenden Infrastrukturauftrag der Bundespost gefährden und ihr durch Rosinenpickerei die schlechten Risiken überlassen.

Forderungen an eine verantwortliche Post- und Fernmeldepolitik

Die DPG fordert alle gesellschaftlichen Kräfte auf, für die Erhaltung und Fortentwicklung der Bundespost als öffentliche Betriebsverwaltung und für ein Dienstleistungsangebot einzutreten, das an gemeinwirtschaftlichen Prinzipien orientiert ist.

Hierzu gehören insbesondere

- die Garantie, daß jeder an jedem Ort zu gleichen Bedingungen die Dienste des Post- und Fernmeldewesens einschließlich der Post-Bank-Dienste in Anspruch nehmen kann;
- die Fortentwicklung des Dienstleistungsangebots entsprechend der sich ändernden Kommunikationsbedürfnisse von Bürgern und Wirtschaft sowie der technischen Möglichkeiten. Dienstleistungen, die gesellschafts- bzw. sozialpolitisch sinnvoll erscheinen, sind auch anzubieten, wenn sie für sich

allein nicht kostendeckend sind. Dabei ist der Grundsatz einer insgesamt kostendeckenden Dienstleistungs- und Gebührenpolitik zu berücksichtigen;

- die Abwehr einer privatwirtschaftlichen Ausrichtung der Bundespost. Dies gilt insbesondere für Modelle, die eine Aufspaltung in quasi selbständige „Teilfirmen“ vorsehen, ein Herausbrechen lukrativer Dienste beabsichtigen und die Möglichkeit zum internen Finanzausgleich zwischen den einzelnen Diensten beseitigen;

- der Ausbau des Verbundes von Post- und Fernmeldewesen und die gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastruktur, um so die sich bildenden Chancen für Post- und Fernmeldedienstleistungen dauerhaft auszuschoöpfen;

- die Folgenabschätzung der Dienstleistungs-, Gebühren- und Rationalisierungspolitik der Bundespost. Kriterien für die Entscheidungen müssen z. B. sein

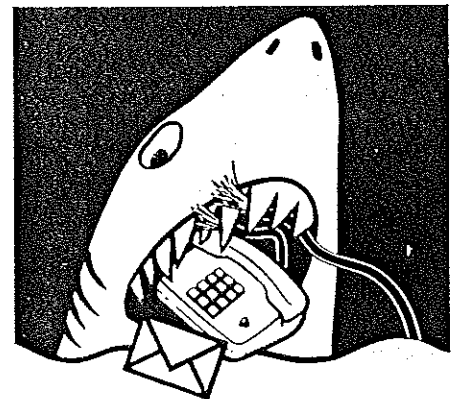
- das Dienstleistungsangebot, die Kundenberatung und das Marketing zu verbessern;

- Sozialstrukturen und Dienstleistungen einschließlich Beratungs- und Betreuungsdiensten zu erhalten und auszubauen sowie

- besonders in der Fläche Arbeitsplätze durch neue Dienstleistungen zu schaffen;

- die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion für eine sozial- und gesellschaftlich verantwortliche Technologiegestaltung. Dies gilt besonders für die Folgenabschätzung (z. B. Arbeitsplatzverluste) durch Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien innerhalb und außerhalb der Bundespost. Datenschutz und Datensicherheit müssen durch technische, rechtliche und organisatorische Maßnahmen sichergestellt sein, um den Schutz der vertraulichen Nachrichtenübermittlung zu gewährleisten.

eine Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen für alle Bürger ohne Zwang zur Benutzung bestimmter Übertragungswege, jeweils zu gleichen Bedingungen;



die Zuständigkeit der Bundespost für die Gerätezulassung und Standardisierung;

die Sicherstellung der Attraktivität der Dienstleistungen durch ein hohes Leistungsniveau, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und erschwingliche Gebühren;

die rechtzeitige Bereitstellung von ausreichendem Personal sowie eine qualifizierte Aus- und Fortbildung.

Für den Fernmeldedienst gilt:

Die Bundespost muß ihr Dienstleistungsangebot entsprechend den technischen Möglichkeiten laufend verbessern bzw. erweitern und den Kundenservice verstärken. Hierzu zählt insbesondere:

- die Fortentwicklung der Fernmelde-Infrastruktur (ISDN für zukunftsorientierte Dienstleistungen der Individualkommunikation);

- ein Endgeräteangebot für Sprach-, Daten-

und Textdienste, insbesondere multifunktionale Endgeräte für private und gewerbliche Kunden. Die Bundespost muß in allen Endgerätemärkten ohne Einschränkungen beteiligt sein;

die Verbesserung und Ausweitung der Fernsprechauskunfts- und Fernsprechauftragsdienste (z. B. durch Einführung von Mehrfachauskünften und Ausweitung des Benachrichtigungsdienstes);

die zeitliche Ausweitung von Entstörungsdiensten und die Bereitstellung des hierfür zusätzlich erforderlichen Personals;

die Bereitschaft der ersten Kommunikationsmöglichkeiten als Grundversorgung auch beim ISDN-Anschluß;

die uneingeschränkte Erhaltung der ausschließlichen Netzträgerschaft, Netzverantwortung und des Netzeigentums. Dies darf nicht durch Kooperationsverträge mit privaten Gesellschaften unterlaufen werden;

eine umfassende Marketingkonzeption unter konsequenter Einbeziehung der dezentralen Struktur der Fernmeldedienststellen, der Postämter und Poststellen.

Für den Postdienst gilt:

Im Briefdienst hat die Bundespost auch weiterhin den Beförderungsvorbehalt zu erfüllen und durch eine aktive Dienstleistungspolitik zu sichern. Das Benutzungsrecht muß kundennah gestaltet werden unter Vermeidung weiterer Normierungszwänge. Das Dienstleistungsangebot und der Kundenservice sind auszubauen durch:

- Kurierdienst bzw. erweiterte Telegramm-Eilzustellung;
- eine Fortentwicklung des Nutzungsrechts im Briefdienst (z. B. Adressträgerverfahren mit kostenloser Adressenänderungsmittellung, hüllenloser Versand);
- die Einführung eines Ortsbriefes zu ermäßigter Gebühr;
- den Ausbau der Kooperation einschließlich der Abholung von Sendungen;
- ausrichtende, an den Kundenbedürfnissen orientierte Schalteröffnungszeiten einschließlich der Festlegung von Mindestschalteröffnungszeiten und
- eine kundenfreundliche, dienstgütlichernde Briefkastenleerung.

Im Kleingüterverkehr gilt es, die Bundespost wirksam gegen den volkswirtschaftlich schädlichen Verdrängungswettbewerb zu schützen (z. B. durch einen Beförderungsvorbehalt für Pakete bis 10 kg).

Solange dies nicht durchsetzbar ist, muß sie ihre Möglichkeiten (u. a. aus dem Dienstleistungsverbund) voll einsetzen, um eine flächendeckende Versorgung mit Leistungen des Paket- und Päckchendienstes sicherzustellen.

Das Dienstleistungsangebot und der Kundenservice sind zu verbessern, insbesondere durch

- den Ausbau der Kooperationsformen (kostenlose Abholung, Honorierung von Vorleistungen, Gebinde, Vereinfachung der Annahme- und Auslieferungsbedingungen einschließlich Nachforschung und Ersatz);
- eine Verstärkung des Marketing und
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Bundesbahn.

Auch bei den Poststellen muß die Bundespost ihr Dienstleistungsangebot umfassend anbieten. Dauer und Lage der Öffnungszeiten müssen die Inanspruchnahme erleichtern und eine umfassende Kundenbedien- und -beratung auch über Fernmeldedienstleistungen ermöglichen. Dies erfordert eine Ausweitung der Schalteröffnungszeiten einschließlich der Festlegung von Mindestöffnungszeiten.

Für die Postbankdienste gilt:

Im Postgiro- und sparkassendienst müssen das Dienstleistungsangebot, der Kundenservice einschließlich des Marketing verbessert werden. Ordnungspolitische Beschränkungen sind offensiv abzuwehren.

Die Einführung z. B. folgender banküblicher Angebote ist zu forcieren:

- Sparbriefe, Festgeldanlagen und Vertrieb von Bundesanleihen;
- Postgirosparen;
- Erweiterung der Überziehungsmöglichkeiten und
- Erweiterung des Sortenverkaufs.

Die Bundespost muß alles unterlassen, was ihre derzeitigen Marktvorteile schmälert (z. B. durch eine Verzögerung der Zahlungsabwicklungen).

Was müssen wir tun?

Die Privatisierungshäie greifen an. Mächtige Interessen einer Allianz von einflußreichen Teilen der Regierungs-Koalition und der Wirtschaft, Super-Multis und Privatisierungs-Ideologen wollen das Post- und Fernmeldewesen zerschlagen.

Eigenes Engagement zeigen

Wir müssen gemeinsam verhindern, daß diese Allianz Erfolg hat. Wenn die Deutsche Postgewerkschaft und die Beschäftigten sich nicht schützend vor die Bundespost stellen, wer hilft ihr dann? Die Beschäftigten, deren soziale Existenz von der Erhaltung der Bundespost abhängig ist, haben das größte Interesse, Privatisierungshäie abzuwehren.

Jedes Mitglied, jede Vertrauensfrau, jeder Vertrauensmann, alle Funktionäre der DPG, ja alle Beschäftigten der Bundespost sind deshalb besonders gefordert. Ihre Arbeitsplätze, ihre Berufschancen und ein wichtiges Stück Sozialstaat sind zu verteidigen. Wir müssen uns engagieren!

Gegenwehr mobilisieren

Dies können die Funktionsträger der DPG nicht allein leisten. Ohne Gegenwehr der 460 000 DPG-Mitglieder, ohne Mobilisierung von Kunden, Öffentlichkeit, Parteien, Verbänden und Kirchen für eine öffentliche Deutsche Bundespost steigen die Chancen der Privatisierungshäie! Wir müssen uns wehren!

Anspruch und Wirklichkeit bei der Bundespost muß stimmen

Der Bundespostminister hat eine großangelegte Kampagne gestartet, um die Bundespost positiv in der Öffentlichkeit darzustellen. Dies ist begrüßenswert. Jedoch: Begleitet diese Kampagne mit kritischer Aufmerksamkeit!

Zeigt dem Bundespostminister die Widersprüche auf, die zwischen seiner Öffentlichkeitsarbeit und seiner praktischen Betriebspolitik und seinem ordnungspolitischen Handeln liegen.

Öffentlichkeit aufklären

Die übergroße Mehrheit der Bürger, zahlreiche Politiker, Funktionsträger politischer Parteien und viele Vertreter der öffentlichen Meinung wissen kaum, was in Bonn, Brüssel und anderswo hinter den Kulissen gespielt wird. Wir müssen dafür sorgen, daß Klarheit geschaffen wird.

Verbündete gewinnen

Wir müssen uns gemeinsam engagieren für eine sichere Zukunft der Bundespost. Wir

müssen auf Politiker, Parlamente, Kirchen, Verbände, die Bundesregierung und die Wahlkandidaten einwirken, für politische Klarheit zu sorgen und drohenden Schaden abzuwehren. Wir müssen Verbündete gewinnen.

Gewerkschaftliche Aktivität muß in praktische Politik umgesetzt werden.

Wie kann dies geschehen?

Die DPG startet eine große bundesweite Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen.“

Am 4. Oktober machen wir hierzu in Köln eine zentrale Auftaktveranstaltung.

Danach sind regionale Veranstaltungen vorgesehen. Dies allein reicht nicht aus.

Deshalb:

- Wir schreiben an die im Bundestag vertretenen Parteien, um die Politiker zu Aussagen über die Zukunft des Post- und Fernmeldewesens vor der Bundestagswahl zu bewegen;
- wir machen bundesweite Flugblatt-Aktionen, die sich an die Postkunden richten, um sie als Verbündete zu gewinnen;
- wir führen Gespräche mit Kirchen und Verbänden.

Bundesweite Aktivitäten allein genügen aber nicht. Bezirkliche und örtliche Aktivitäten müssen die bundesweiten ergänzen.

Deshalb:

- Briefaktionen an Wahlkreiskandidaten/-innen,
- Schreiben an regionale und örtliche Vorstände von Kirchen und Verbänden,
- Veranstaltungen auf örtlicher Ebene mit dem Ziel, von Politikern positive, verwertbare Aussagen zu Gunsten einer öffentlichen Bundespost und gegen Privatisierungsbestrebungen zu erhalten,
- Aufklärung in Personal- und Mitgliederversammlungen der DPG, sowie in der Schulungs- und Bildungsarbeit;
- Zusammenkünfte mit Vertretern der örtlichen Presse;
- Aktivieren aller Beschäftigten mit dem Ziel, an Wahlveranstaltungen teilzunehmen um den Politikern kritische Fragen zu stellen.

540 000 Beschäftigte, Bürger und Wähler können nicht beiseite geschoben werden. Sie wollen weder vor noch nach der Wahl schaukeln werden.

Wir müssen jetzt Klarheit schaffen, wenn morgen die Bundespost als öffentliche Betriebsverwaltung des Post- und Fernmeldewesens noch bestehen soll.

Broschüre der DPG



Rausch der Privatisierer

Eine wahre Privatisierungsorgie möchte Bundesfinanzminister Stoltenberg feiern. Einer der dicksten Happen dürfte der geplante Verkauf der 16-Prozent-Anteile des Bundes an der Volkswagen AG sein, von dem sich die Bonner Rechenkünstler allein 900 Millionen DM versprechen. Aber damit ist es noch lange nicht genug. Zur Debatte steht außerdem die Teilprivatisierung der zweitgrößten deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Teilprivatisierung der Lufthansa, ein wesentlicher Abbau der Bundesbeteiligung an der Deutschen Pfandbriefanstalt. Und auch diese Liste ist noch nicht vollständig. Insgesamt soll das Privatisierungspaket für den Bundeshaushalt 1,8 Milliarden DM einbringen. Das Prinzip, nach dem verfahren wird, lautet: die zum Verkauf an Private stehenden Unternehmen oder Unternehmensteile müssen vor allem schwarze Zahlen aufweisen. Die guten gewinnbringenden also ins private Kröpfchen, die verlustreichen ins öffentliche Töpfchen!

Gegen eine derartige Finanz- und Wirtschaftspolitik haben sich Anfang Oktober über 60 000 Beschäftigte der Volkswagenwerke in der Bundesrepublik mit einem Warnstreik zur Wehr gesetzt. In ihre Kritik am Ausverkauf des VW-Konzerns bezogen sie auch die Steuerpläne der Bundesregierung ein, die nach dem Prinzip verfahren: Die Kleinen werden geschöpft, um den Großen noch mehr zu geben. Während auf der einen Seite der Spitzensteuersatz gesenkt werde, wolle man die Einnahmeausfälle durch Privatisierung, durch Besteuerung der Schicht-, Sonn- und Feiertagszulagen sowie der Rabatte bei Jahreswagen wieder hereinholen.

In dem scharfen Konflikt mit Privatisierungsplänen der Bundesregierung liegen auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Durch eine Trennung des Post- und Fernmeldewesens sollen weitere lukrativ arbeitende Bereiche an Private verschertelt werden, während kostenträchtige Leistungen weiterhin in öffentlicher Hand verbleiben. Dies kann nach Auffassung der Deutschen Postgewerkschaft nur zu Lasten der Beschäftigten und der Masse der Verbraucher gehen. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich bei der Bundesbahn. Stück für Stück werden Privatisierungshäppchen abgeschnitten, was im Endeffekt in der Regel auf eine Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen hinausläuft. Mahnendes Beispiel ist hier England, das offenbar den Wendestrategen in Bonn zum Vorbild dient. Benötigt wird aber nicht ein Basar, auf dem öffentliche Einrichtungen verschachert werden, sondern, wie es auch kürzlich der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier gefordert hat (siehe Einhefter), eine sozialstaatlich gebundene Kommunikationsversorgung und ein arbeitnehmerfreundliches öffentliches Verkehrssystem.

R. B.

ISDN für alle

Von Christian Schwarz-Schilling

In der jüngeren Vergangenheit vollzieht sich in allen Industrienationen ein rasanter technischer Wandel, dessen Tragweite in weiten Kreisen der Bevölkerung noch gar nicht erkannt wurde: aus den Industriegesellschaften werden mit wachsender Geschwindigkeit Informationsgesellschaften. Mit gleicher Geschwindigkeit wächst damit die Bedeutung des Nachrichtenverkehrs. Innerhalb dieses Nachrichtenverkehrs verlagern sich allerdings ganz deutlich die Schwerpunkte. Während sich die Nachfrage nach reinen Kommunikationsdiensten ohne Mehrwert von den hohen, vom Telefon her gewohnten Zuwachsraten zunehmend auf das Niveau des gesamtwirtschaftlichen Wachstums reduziert, wird der Bereich der höherwertigen elektronischen Dienstleistungen bei günstigen Rahmenbedingungen auf die vom Datenverarbeitungssektor bestimmten Wachstumsraten ansteigen.

Vor neuen Aufgaben

Da zudem durch das Zusammenwachsen von Fernmeldewesen, Datenverarbeitung und Bürokommunikation das Fernmeldewesen vor völlig neuen Aufgaben steht, wird in nahezu allen Industrienationen eine intensive Diskussion darüber geführt, wie die gewachsenen und über lange Jahre bewährten Organisationsstrukturen der Fernmeldeverwaltungen den veränderten Anforderungen auch zukünftig gerecht werden können. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind deutliche ordnungspolitische Anpassungen notwendig. Dazu muß vor allem die Schnittstelle zwischen Monopol und Wettbewerb neu definiert werden. Die bisherige staatliche Monopolstruktur im Fernmeldewesen muß verstärkt dem Ideenreichtum und der Innovationsfähigkeit des Wettbewerbs geöffnet werden. Die überwiegende Mehrheit der bei uns an dieser Diskussion Beteiligten ist der Meinung, daß am Netzmonopol der Deutschen Bundespost grundsätzlich festgehalten werden soll, da sich hierin die besondere Infrastrukturverpflichtung des Fernmeldewesens äußert. Wie sinnvoll dies ist, zeigt gerade die Konzeption der Post zur Weiterentwicklung der Fernmeldenetze und zum Ausbau des diensteintegrierenden digitalen Netzes ISDN. Hier kommt die Deutsche Bundespost ihrer Verpflichtung, die Fernmeldenetze auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und auszubauen, in hervorragender Weise nach. Durch den Einsatz

digitaler Technik in den Vermittlungsstellen kann die Leistung des heutigen analogen Fernsprechnetzes um ein Vielfaches gesteigert werden. Die enorme Verbreitung des Fernsprechnetzes macht es damit möglich, daß auch die Masse der kleineren Nutzer und die privaten Haushalte Zugang zu modernen Informationsfunktionen zu erschwinglichen Preisen bekommen.

Doch auch für neuartige, breitbandige Kommunikationsformen, die im ISDN nicht realisierbar sind, hat die Post in Wahrnehmung ihres Infrastrukturauftrages schon die Grundlage für den Bedarf an Kommunikationsdienstleistungen für morgen gelegt. Seit 1986 wird ein Breitbandvorläufernetz aufgebaut, das 29 örtliche Glasfaser-Overlay-Netze umfaßt, die untereinander durch Glasfaserfernstrecken verbunden sind.

Monopol und Konkurrenz

Bei den Telekommunikationsdiensten haben wir es mit einer anderen Situation zu tun. Hier ist es einem einzigen Anbieter kaum möglich, ein Angebot an Telekommunikationsdienstleistungen bereitzustellen, das in seiner Vielfalt sowie in Preis und Leistung alle Wünsche der Kunden abdecken kann. Hier muß es zu einer Arbeitsteilung zwischen staatlicher und privater Betätigung kommen. Die reine Sprachübertragung, also der Telefondienst, wird weiterhin im Monopol der Deutschen Bundespost verbleiben. In den übrigen Bereichen muß die Post jedoch als Wettbewerber mit privaten Anbietern konkurrieren. Wenn sie diesen Wettbewerb bestehen will, muß sie allerdings auch in ihrer derzeitigen Unternehmensstruktur neu organisiert werden mit dem Ziel, ihr mehr unternehmerisches Handeln zu ermöglichen. Dies soll dadurch erreicht werden, daß hoheitliche und betriebliche Aufgaben voneinander getrennt und letztere von drei Unternehmen für Postdienste, Postbankdienste und Telekommunikation wahrgenommen werden. Alle Bereiche bleiben jedoch weiterhin Bundesunternehmen. Ein gemeinsames Direktorium, die Aufsichtsfunktion des Ministers für Post und Telekommunikation und das gemeinsame Sondervermögen des Bundes werden dafür sorgen, daß die Verbundvorteile des Gesamtunternehmens Deutsche Bundespost weiter genutzt werden können.

Dr. Christian Schwarz-Schilling ist Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

DPG-Vorsitzender van Haaren für koordinierte Aktionen

Im Terminkalender vieler Fachjournalisten ist das traditionelle Jahrespressegespräch der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), jeweils im Januar, fest gebucht. Da informiert die Gewerkschaftsspitze über Ihre Aufgaben im Kontext mit den politischen Rahmenbedingungen. So war es auch am 28. Januar im renommierten „Frankfurter Hof“ der Mainmetropole. Massenarbeitslosigkeit, gewerkschaftliche Aktivitäten, Tarifrunde, Personalhaushalt des Bundespostministeriums (BPM) sowie Mitgliederentwicklung waren nur einige der Themen, die DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren in seinem Statement ansprach.

Im Mittelpunkt stand verständlicherweise die inzwischen Konturen angenommene Umwandlung der „Bürger- in eine Unternehmerpost“. Wenige Tage vor dem Jahrespressegespräch hatte Postminister Schwarz-Schilling der Öffentlichkeit seinen „Tarif 90“ für Fernspreckgebühren präsentiert. Eine drastische Umverteilung der Gebühren zu Lasten der Privatkunden und der sozial Schwachen. So van Haaren, der anhand der Gebührenerhöhungen und weiterer Beispiele die „seltsamen Wandlungen“ des Mannes aus Büdingen innerhalb eines Jahres deutlich machte. Vor einem Jahr war von Gebührenerhöhungen noch nicht die Rede. Aber dazwischen haben ja die Bundestagswahlen gelegen, so van Haarens Kommentar.

Die Gewerkschaft wird den Kampf gegen das „Fit“ machen der Post für die Zukunft – so ein geläufiger Satz Schwarz-Schillings – weiterführen. Sie beabsichtigt an dem Tag, an dem der Gesetzentwurf zur Neustrukturierung dem Kabinett zugeleitet wird, die Mitglieder und Beschäftigten zu einem Informations- und Diskussions-tag in allen Dienststellen und Ämtern aufzurufen. Dabei ist sie fest entschlossen, „zu einem Arbeitnehmersvotum für die Erhaltung der Bürgerpost und gegen die sozialabträglichen Pläne des Bundespostministers“ zu kommen.

In ihrem Streben zur Erhaltung der Post kann sich die DPG auf zahlreiche Verbündete, bis in die Reihen der CDU hinein, stützen. Einig ist man sich auch mit der CDA, die gemeinsam mit der DPG erklärt hat, daß Bürgerinteressen über die „speziellen Wirtschaftsinteressen zu stellen“ seien. Und erst am 14. Januar haben bekannte Professoren, darunter auch die der Memo-Gruppe, einen Appell an „Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat für eine zukunftsorientierte Bürgerpost“ gerichtet. Inzwischen haben sich, wie van Haaren bekanntgab, 130 Professoren dem Appell angeschlossen.

Noch bevor Schwarz-Schillings Pläne zur Dreiteilung der Post überhaupt zum Zuge gekommen sind, soll mit dem Abbau von Arbeitsplätzen begonnen werden. Nach dem Personalhaushalt '88 des BPM sollen in Nordrhein-Westfalen 2500 Arbeits- und weitere 240 Ausbildungsplätze vernichtet

werden, was von ministerieller Seite – man beachte den menschenverachtenden Termini – als „Personalentrümpelung“ apostrophiert wird. „Diese Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzvernichtung paßt zu Duisburg-Rheinhausen wie die Faust aufs Auge. Man fragt sich, ob so die von Bundesarbeitsminister Blüm großspurig angekündigten Ersatzarbeitsplätze an Rhein und Ruhr geschaffen werden“?, war die berechtigte Feststellung van Haarens.

In seinem Statement nahm der DPG-Vorsitzende auch zur gegenwärtigen Tarifrunde Stellung. Nach seiner Erklärung wollen sich die Gewerkschaften nicht von der Arbeitszeitsverkürzung abkoppeln lassen, sondern einen kräftigen Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche gehen. Die öffentlichen Unternehmer forderte van Haaren auf, „endlich ihre Blockadehaltung aufzugeben“. „Wenn man uns zwingt, werden wir gemeinsam mit der ÖTV kämpfen.“

Auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN, ob die Probleme der Post auch auf den bevorstehenden DGB-Protestkundgebungen angesprochen würden, meinte Kurt van Haaren, daß diese Aktionen gewiß ein Versuch seien, „viele Probleme zu bündeln“. In diesem Zusammenhang sprach er sich für ein koordiniertes Vorgehen der DGB-Gewerkschaften gegen die vielen unsozialen Maßnahmen der Bundesregierung aus. Sonst könnte es passieren, daß jede Gewerkschaft „einen Schlag ins Gesicht erhält“.

Die DPG zählt laut Institut der Deutschen Wirtschaft zu den „Aufsteigern“ im DGB. In der Mitgliedsskala steht sie an fünfter Stelle. Die DPG-Mitgliedskarte besitzen 463757 Postler und Ruheständler. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 605. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den „Aktiven“ liegt bei rund 73 Prozent. Zwar stellen die Beamten mit 280329 das Gros, aber die Zahl der in der DPG organisierten Arbeiter stieg im letzten Jahr um 1631 auf 122863 und die der Angestellten um 738 auf 39635. Schwarz-Schillings „Verbeamtungspolitk“ aus machtpolitischem Kalkül – so ein oft in den letzten Jahren verwendeter Ausdruck Kurt van Haarens – kam also nicht zum Zuge.

G. M.

Post streicht Arbeitsplätze

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling will noch im laufenden Jahr knapp 10 000 Stellen streichen. Der Minister wies seine Ämter an, für diesen Zweck „hausintern ein Konzept zu erarbeiten“ und in eigener Verantwortung umzusetzen. Das Ergebnis gab er vor: Bei den Fernmeldeämtern sollen „mindestens 2,8 v.H.“, in den Postämtern wenigstens 1,6 und in den Postgirodiensten ein Prozent der Planstellen wegfallen. Betroffen sind nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Kunden des Staatsbetriebes. Das belegt eine Minister-Verfügung (121B A 23 50-1), die „Möglichkeiten zur Personalverminderung“ im „Briefzustellendienst“ beschreibt. Nach dieser Anweisung (Schlußsatz: „Diese Vfg eignet sich nicht zur Veröffentlichung“) sollen demnächst die Zustellbezirke vergrößert werden. Folge: Briefe, Zeitungen und Päckchen erreichen ihre Empfänger noch später. Ob sie in Zukunft überhaupt noch regelmäßig vom vertrauten Postboten gebracht werden, ist fraglich. Im Ministerium wird an „rollierenden Systemen“ gearbeitet: Briefträger im Schichtdienst sollen mal diesen, mal jenen Ortsteil beliefern.

„Spiegel“, Nr. 11/88

Privatisierte British Telecom und die Folgen für die Kunden

Nach dem Beispiel der Eisernen Lady in Großbritannien will die Wenderregierung auch bei uns das Fernmeldewesen privatisieren. Vor den negativen Folgen einer Unternehmerpost für Kunden und Beschäftigte hat die Deutsche Postgewerkschaft mehrfach gewarnt. Und auch in England ist die anfängliche Euphorie über die Privatisierung des Fernmeldewesens vorbei. Nach einem Sturm öffentlicher Proteste über den derzeitigen Service des Unternehmens, droht der einstige „große Wurf“ der Thatcher-Regierung zum Bumerang zu werden.

Anfang September fand die diesjährige Aktionärsversammlung von British Telecom (BT) statt. Es war die dritte seit der Privatisierung des Unternehmens im November 1984. Mr. Lucas, Hochschullehrer aus Oxford und Kleinaktionär, hatte sich auf die Versammlung vorbereitet, um seinem Unmut über die katastrophalen Serviceleistungen des öffentlichen Versorgungsbetriebes Luft zu machen. „Fünf Tage hat ein Telegramm meines Sohnes aus Polen gebraucht, um bei mir anzukommen – einen Tag von Polen bis Birmingham und vier Tage von Birmingham bis Oxford“, teilte er den Anwesenden wütend mit.

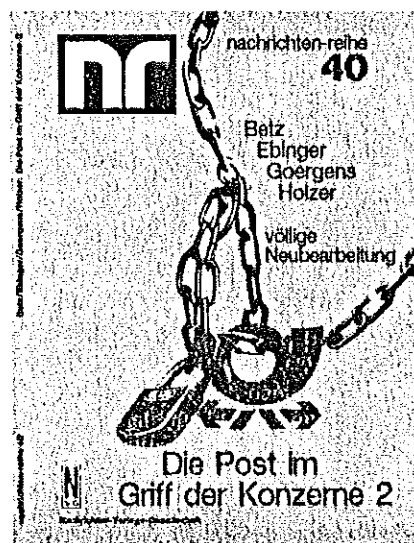
Wenn diese persönliche Erfahrung ein Einzelfall geblieben wäre, hätte es keinen Grund zur Aufregung gegeben. Es war aber keine unglückliche Ausnahme, sondern nur ein Beispiel für den dramatisch gesunkenen Standard des privatisierten Konzerns. Dies zeigt nicht zuletzt der Wasserfall von Beschwerden, der in den letzten Monaten auf British Telecom niedergeprasselt war.

Das Office of Telecommunication (OfTel), eine öffentliche Einrichtung, die mit der Überprüfung des BT-Services beauftragt wurde, hat vor kurzem einen niederschmetternden Bericht vorgelegt: Durchschnittlich jede vierte Telefonzelle in Großbritannien war im Untersuchungszeitraum kaputt, in einigen Stadtteilen Londons waren sogar über 60 Prozent nicht benutzbar. Bei den Telefonrechnungen privater Nutzer wurden aufgrund ständig wiederkehrender Abrechnungsfehler rund 10 Prozent zuviel an Gebühren in Rechnung gestellt. Einem Kunden wurden 250 000 Pfund mehr abverlangt als real hätte berechnet werden dürfen. Bei dem Betroffenen handelt es sich allerdings um eine Institution, die sich diese Mehrausgabe leisten konnte: die Bank von England.

Bei dieser Art von zusätzlichen Einnahmen ist es verständlich, daß auf der Aktionärsversammlung keine richtige Freude über die mit 12 Prozent ausgewiesene Gewinnsteigerung aufkommen wollte. Einige Anteilseigner, vor allem Kleinaktionäre, waren in erster Linie in ihrer Funktion als Konsumenten aufgetreten. Mr. Roger Lawson, freischaffender Telefongutachter, präsentierte den Anwesenden 1362 Zeitungartikel, die sich kritisch mit dem öf-

fentlichen Bild des Unternehmens beschäftigt haben – alle innerhalb des vergangenen Jahres erschienen.

In Großbritannien verwundert es niemanden, warum die Medien British Telecom soviel Aufmerksamkeit schenken, gehören doch gerade die Journalisten zur Gruppe derjenigen, die auf die BT-Produkte angewiesen sind – und als Telefonkunde gibt es derzeit wirklich nichts zu lachen. Nicht selten muß man mehrmals wählen, um dann – trotz richtiger Nummer – eine falsche Verbindung hergestellt zu bekommen; Telefonate werden des öfteren mittendrin unterbrochen, und die



schlechte Qualität der Leitungen läßt selbst bei Gesprächen innerhalb eines Stadtteils das Gefühl aufkommen, mit Übersee zu telefonieren.

Der Leistungsabfall des privaten Unternehmens kam nicht zufällig. Während der vergangenen drei Jahre wurden rund 15 000 Arbeitsplätze abgebaut, und diese Einsparung von Personalkosten zeigt nun ihre Wirkung im Servicebereich. Die überaus langen Wartezeiten bei der Installation von neuen Telefonen und der Reparatur alter Anlagen überschreitet mittlerweile die Toleranzgrenze der ansonsten als geduldig bekannten Briten. Völlige Ausfälle kompletter Anlagen machen auch vor lebenswichtigen Bereichen nicht halt. Scotland Yard, die Zentrale der Londoner

Polizeibehörde, war im Sommer dieses Jahres an einem Tag 42 Minuten lang für die Außenwelt nicht erreichbar. In Not geratene Anrufer konnten in dieser Zeit statt freundlicher Hilfe nur einen unpersönlichen Dauerton empfangen.

Die Privatisierung des Teilbereichs der britischen Post war für die Regierung Thatcher ein populärer Schritt auf ihrem Weg, eine sogenannte „Aktienbesitzer-Demokratie“ aufzubauen. Mit anfänglich 2,15 Millionen Anteilseignern wurde das Aktienpaket bewußt breit gestreut. Inzwischen halten 77 Prozent der auf nunmehr unter 1,5 Millionen gesunkenen Anzahl an Aktienbesitzern lediglich noch 7,3 Prozent der Anteilsscheine in ihren Händen, während weniger als 0,1 Prozent über ein Drittel (36,4 Prozent) besitzen. Das weit unter Marktpreis veräußerte Staatsunternehmen brachte den frisch gebackenen Aktienbesitzern schnelle Profite – ihre Einlagen wuchsen in der ersten Nacht um stolze 90 Prozent. Diese Boomphase ist nun vorbei. Im Oktober dieses Jahres lag der Wert der BT-Aktien im Index der Financial Times um 23 Prozent unter dem Durchschnitt der Industriek Aktien.

Im April 1988 darf die Regierung den ihr verbliebenen Anteil von 49,8 Prozent an die Börse bringen. Daß beim zweiten Privatisierungsschritt nicht an den Erfolg des ersten angeknüpft werden kann, steht jetzt schon fest. Um die Steuersenkungen finanzieren zu können, brauchen die Tories aber hohe Einnahmen aus den Verkäufen von Staatseigentum. Zu diesem Zweck soll das ramponierte BT-Image in den nächsten Monaten wieder aufpoliert werden. Hierzu wurde bereits eine kostspielige Werbekampagne gestartet und ein Notprogramm beschlossen, das vorsieht, den gefallen Standard durch Aufträge an Vertragsfirmen wieder kurzfristig anzuheben. Auch wenn dadurch die Warteschlangen vor den berühmten roten Telefonzellen in Zukunft kürzer werden, hat die Privatisierungseuphorie der Regierung Thatcher durch die jüngsten Entwicklungen bei British Telecom einen kräftigen Dämpfer bekommen.

Daß die Arbeitsbedingungen in den verkauften Staatsbetrieben schlechter werden, hatte wohl niemand ernsthaft angezweifelt. Dies war jedoch denjenigen relativ gleichgültig, die dort nicht ihr Brot verdienen mußten. Mit der Aussicht auf einen leistungsfähigeren Service der betroffenen Betriebe und eine breite Streuung der angestrebten Gewinne sollte der Bevölkerung der Ausverkauf des britischen „Familiensilbers“ schmackhaft gemacht werden. Nun steigen die Zweifel, ob die erfolgten Privatisierungen wirklich im Interesse der Allgemeinheit sind. Können die Aktienbesitzer ihren Unmut über den gesunkenen Standard von British Telecom noch mit ihren stetig wachsenden Dividenden trösten, hatte der Rest der Bevölkerung bislang nur Nachteile zu erleiden. Thatchers Vision, auf den britischen Insein einen sogenannten „Volkskapitalismus“ zu installieren, hat einen erheblichen Riß bekommen.

Armin Mittelstädt

Frauen leisten meistens die Dreckarbeit**Gewerkschaft: „Ran an die Technik“**

Von Helga Kuhn

Sieben Kilo wiegen Postpakete im Durchschnitt. Verladen werden sie noch von Hand – hier im Postamt Köln 2, dem größten Umschlagplatz zwischen dem Norden und dem Süden der Republik: vom Güterwaggon auf Transportbänder. Dort kreisen sie wie Koffer in der Flughafenhalle, bis sie auf die richtige Rutsche gehievt werden. Eine Etage tiefer werden sie auf Gestelle gestapelt, auf denen sie wieder in die Waggonen oder Lkws gerollt werden.

„Knochenarbeit ist das“, sagt Josefine Juchem. Die Arbeit im Paketverteilendienst wird nicht von starken Männern, sondern fast ausschließlich von Frauen geleistet. Josefine Juchem ist eine von ihnen.

Rund 190 000 Frauen beschäftigt die Bundespost: Sie ist damit der größte Arbeitgeber von Frauen in der Bundesrepublik. Ungefähr die Hälfte von ihnen sind Teilzeitkräfte im Schichtdienst. Zusammen mit siebzig Kolleginnen arbeitet Josefine Juchem in der Spätschicht von viertel nach vier bis elf Uhr nachts. Diese Schicht ist unbeliebt bei den Frauen, aber sie können sie sich nicht aussuchen. „Eigentlich ist das 'ne halbe Nachtschicht“, meint Josefine Juchem. „Vor zwölf sind die meisten von uns nicht zu Hause, und vor ein Uhr schläft man nicht ein. Morgens muß ich wieder früh raus, weil die Kinder zur Schule müssen, dann mache ich den Haushalt und um vier komme ich dann meistens schon abgehetzt zur Ar-

Paketschleppen ist bei der Bundespost Frauensache, Technik ist männlich.

beit – da ist man rund um die Uhr kaputt.“

Nachtschichten gibt es seit drei Jahren nicht mehr im Paketverteilendienst. Von der Bundespost wurde das als Humanisierung gepriesen, die Arbeiterinnen empfinden den Wegfall aber eher als Rationalisierungsmaßnahme. „Die Post hat dadurch einiges eingespart“, meint auch Personalrat Eugen Hantusch. „Früher wurden die Pakete verteilt, sobald sie ankamen, und es gab auch schon mal eine kurze Verschnaufpause, wenn ein Waggon nicht ganz so voll war.“

Viele Postarbeiterinnen klagen über ständige Rückenschmerzen, Bandscheibenschäden oder Unterleibserkrankungen. Einen anderen Arbeitsplatz oder gar Aufstiegschancen aber gibt es für sie nicht. „Wenn Sie einmal als Teilzeitarbeiterin hier angefangen haben, dann machen Sie nach zwanzig Jahren immer noch genau dasselbe“, weiß Josefine Juchem aus eigener Erfahrung.

Genau das will die 21jährige Marion Schult auf keinen Fall. Wie Josefine Juchem arbeitet sie im Paketverteilendienst, allerdings in einem anderen Kölner Postamt. Hier werden die Pakete per Computer verteilt. Marion sitzt vor einem Bildschirmgerät, links von ihr läuft das Förderband mit den Paketen. Sie gibt für jedes Paket den Bestimmungsort in den Computer, und das Förderband läßt die Pakete dann an der richtigen Stelle in eine Ablage fallen.

Anders als ihre Kolleginnen

vom Postamt 2 hat Marion ihren Job gelernt: Nach einer Lehre als Fernmeldehandwerkerin ist sie jetzt Beamtin auf Probe.

Mit den Arbeitsbedingungen im supermodernen Postamt Köln-Pesch ist sie aber genauso unzufrieden wie ihre Kolleginnen: Die Arbeitsräume haben keine Fenster, das Licht ist schlecht, die Belüftung miserabel, und die Arbeit vorm Bildschirm wird nicht als Bildschirmarbeit anerkannt. „Abends brennen einem die Augen, und ich hab' manchmal tagelang Kopfschmerzen“, sagt Marion Schult.

In Zukunft soll es mehr Frauen in interessanten und besser bezahlten Arbeitsplätzen bei der Post geben. Dafür setzt sich vor allem die Frauenbeauftragte der Deutschen Postgewerkschaft, Christel Zobeley, ein. Ihr Motto: „Frauen ran an die Technik“.

Im Ausbildungsgang einer Kommunikationselektronikerin sind nur acht Prozent der Auszubildenden Mädchen. Da, wo der Frauenanteil bis zu einhundert Prozent beträgt, wird nämlich kräftig rationalisiert.

In einem Aktionsleitfaden fordern die Postgewerkschafterinnen deshalb, zwanzig Prozent der Ausbildungsplätze im technischen Bereich für Mädchen freizuhalten. Mit einer Informationskampagne versuchen sie, mehr Mädchen für die zukunftssträchtigen technischen Bereiche zu interessieren: „Damit demnächst bei der Post die Frauen nicht mehr vor allem die Drecksarbeit machen.“



Foto: dpa

„Vorwärts“
3/88

Unsere Forderungen

Aus der Dokumentation im INFO-Dienst gewinnt man die Erkenntnisse:

- Die Bundespost macht eigentlich große Gewinne, wenn man abzieht, was sie an den Staat abführt und, was sie einzelnen Kapitalisten an Geschenken in den Rachen wirft (wie z.B. über die Verlegung von Kupferkabel).
- Teilprivatisierung bedeutet: Einige Reiche werden noch reicher auf Kosten der Beschäftigten und der Kunden.
- Wir müssen gegen die geplante Teilprivatisierung kämpfen, aber darüber hinaus grundlegend etwas verändern, denn schon heute gibt es Kahlschlag und Angriffe auf die Arbeiter und kleinen Beamten.

WIR FORDERN:

- Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung
- Stattdessen: Jeder Bürger muß an jedem Ort unter gleichen Bedingungen die Dienste der Post, des Fernmeldebereichs und der Postbank in Anspruch nehmen können
- Nein zur Verschwendung von Postgewinnen heute (wie geschehen beim Ausbau des Kabelnetzes durch technisch überholtes Kupferkabel, nur weil es u.a. die Schwarz-Schilling-Familie noch reicher machte)
- Nein zu den Preisvorhaben Schwarz-Schillings fürs Telefonieren ("Tarif 90"). Stattdessen: Telefongebühren senken! Kostenloser Telefonanschluß in jede Wohnung! Oberhaupt muß im gesamten Postwesen das Preisgefüge zugunsten der einfachen Bevölkerung geändert werden. Wenn irgendwelche Großkapitalisten Spezialwünsche haben, sollen sie extra zahlen.
- Zusätzliche Einstellungen durch die Post! Dies ist auch notwendig, um den heute oft mangelhaften Service zu verbessern (z.B. im Fernmeldebereich der Entstörungsdienst, oder für die gelbe Post: Häufigere Leerungen der Briefkästen). Generell heißt das: Alleinige Orientierung an den Verbraucherwünschen.
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Postbeschäftigten! Massive Schichtzuschläge für alle Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Post! Mindestlohn von 1.500 DM sofort für alle Beschäftigte!
- Umwandlung aller befristeten Arbeitsverträge in unbefristete!
- Übernahme aller Auszubildenden bei der Post in ihren erlernten Beruf!
- Einführung neuer Technologien bei der Post nur unter Kontrolle der Arbeiter, und wenn sie die gesamte Arbeiterschaft betreffen (wie z.B. bei der Verkabelung) nur unter Kontrolle des DGB.
- Keine Privatisierung, sondern Post unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Statt einer Verwaltung mit Staat, Kapitalisten und einer Gewerkschaftsminderheit, wie Schwarz-Schilling jüngst vorschlug: Für eine Verwaltung der Gesamtpost mit je ein Drittel Staats-, Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter, also Arbeitermehrheit. Die Vertreter der Arbeiter dürfen nicht mehr verdienen als den Durchschnittslohn eines Postbeschäftigten.

- Einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst einschließlich des Streikrechts. Entgegen aller Gerüchte haben sehr viele Beamte (besonders auch bei der Post) einen sehr niedrigen Lohn. Wie ihre Kollegen sollen sie sich auch mehr erkämpfen können; die meisten von ihnen sind schon gewerkschaftlich organisiert. Durch die Aufteilung der Postbeschäftigten in viele rechtliche Schubladen entsteht auch ein Großteil des bürokratischen Wirrwars im öffentlichen Dienst.
- Verstaatlichung aller Großbetriebe, von deren Produktion die Post (v.a. im Fernmeldebereich) abhängig ist. Zuallererst Verstaatlichung von Siemens, Bosch, SEL unter demokratischer Arbeiterkontrolle.
- Um die geplanten Angriffe abzuwehren und zusätzliche Verbesserungen zu erreichen, sollte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) sich darauf einstellen, daß sie nur mit Kampfmaßnahmen Erfolg haben kann. Bei solchen Kämpfen muß darauf geachtet werden, daß alle Kollegen einschließlich der Beamten (z.B. über "Dienst nach Vorschrift") miteinbezogen werden.
- Schon frühzeitig Kontakt mit Kollegen aus anderen Branchen aufzunehmen, könnte ein großes Faustpfand für die kommenden Auseinandersetzungen um das Schicksal der Post sein: Angesprochen werden könnten die Kollegen bei der Bundesbahn (im Kampf gegen Kahlschlag), alle anderen Kollegen der ÖTV und Kollegen der IG Metall (Siemens usw.).
- Der DGB sollte seine Aufklärungskampagne zur Post intensivieren.
- Auch die SPD sollte sich merklich einklinken: Innerparteilich die gesamte Mitgliedschaft aufklären und eine Kampagne organisieren, an der sich jedes Mitglied in jedem Stadtteil beteiligen kann.



Unsere Bundespost muß Bürgerpost bleiben — für alle Zukunft!

Der Bericht der »hochrangig besetzten Regierungskommission zur Neuordnung des Fernmeldewesens« wurde am 16.9.1987 dem Bundeskanzler und damit der Öffentlichkeit vorgelegt.

Auf der Grundlage dieses Berichts soll bis zum Frühjahr 1988 eine Gesetzesvorlage entstehen. Folgendes Modell steht zur Diskussion:

1. Trennung von Post- und Fernmeldewesen, Aufspaltung in selbständige Teilunternehmen.
2. Aufhebung der Quersubvention zwischen Fernmeldewesen und Post innerhalb der nächsten 5 Jahre.
3. Ausschichten der Bundespost bis auf das Torso einer »öffentlichen Rumpfpост« und einer öffentlich-rechtlichen Kommunikationsfirma. Sie soll vor allem das extrem teure, hohe Investitions- und Folgekosten verursachende Fernmeldenetz aufbauen und unterhalten.
4. Die Nutzung des Endgerätemarktes wird — für private Unternehmen gewinnbringend — vollständig liberalisiert.
5. Das Netzmonopol wird unter der Auflage beibehalten, zu günstigen Preisen Leitungen an Unternehmen zu vermieten.
6. Allgemein werden Zuständigkeiten von der Bundespost weg verlagert und zahlreiche Leistungen im Post- und Fernmeldewesen privatisiert.
7. In den ausgegliederten Teilbereichen soll es künftig profitorientierte Preise geben — natürlich mit Sonderkonditionen für wirtschaftlich mächtige Großverbraucher. Diese »Preise« treten an die Stelle sozial ausgeglichener Gebühren.

Das Gutachten der Regierungskommission »Fernmeldewesen« dient der Bundesregierung lediglich als Alibi dafür, den Forderungen der Privatisierungs-Lobbyisten in Politik und Wirtschaft sowie dem Druck der Computer- und Medienmultis entgegenzukommen, um die gewinnbringende Teile des Fernmeldewesens dem »Markt zu öffnen«. Vor diesem Hintergrund stellt der Bundeskongreß fest:

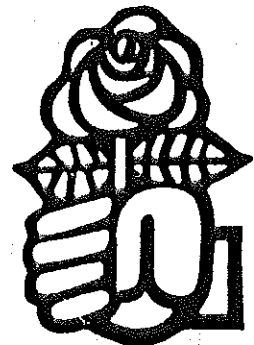
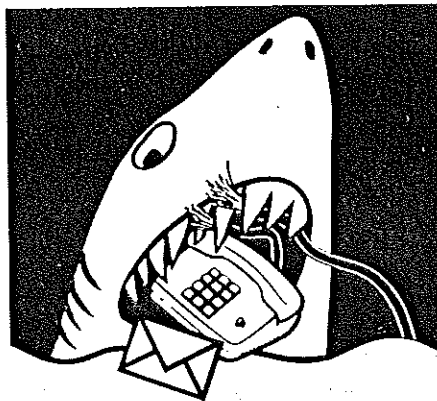
- Die Nachrichtenübermittlung in der Bundesrepublik Deutschland ist traditionell Staatsaufgabe mit Verfassungsrang. Dies muß auch in Zukunft so bleiben. Bei eventueller Privatisierung ist eine öffentliche Kontrolle nicht mehr möglich!
- Der gemeinwirtschaftliche Auftrag der Bundespost, nämlich allen Bürgern in Stadt und Land ihre Dienste zu gleichen Bedingungen und Gebühren anzubieten, ist auch in Zukunft unverzichtbar.
- Eine Zergliederung und Verselbständigung einzelner Teile der Deutschen Bundespost wie auch

die Aufspaltung in einen Hoheits- und einen Unternehmensbereich mit einem Monopol- und einem oder mehreren Wettbewerbsteilen werden abgelehnt.

- Die deutsche Bundespost ist eine moderne zukunftsorientierte Betriebsverwaltung. Sie ist mit 540000 Beschäftigten Europas größter Arbeitgeber. Weder Arbeitsplätze noch technische Entwicklung dürfen einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Privatisierungspolitik geopfert werden.

Die Jusos unterstützen aktiv die Aktionen der DPG.

Beschluß des Juso-Bundeskongresses 1987



Aktionsidee 4

Bei privater Post hätte Barschel viel einfacher schnüffeln lassen können. Eine Kontrolle außer der des Geldes gibts nicht. Vielleicht wäre er dann statt mit Shampoo-Fabrikanten mit Netzeignern von privaten Teilnetzen zum Golf gegangen, damit man nicht mehr so altmodische Mittel wählen muß, wie Detektive gegen Engholm zu agieren. Doch die Datenschutzproblematik ist vielfältig: klar ist, daß ein guter Datenschutz auch den Nachweis von Barschels Lügen erschwert hätte. Ein solches Thema "Machtbewußter Politiker und Datenschutz" eignet sich gut für Cabaret und Straßentheater.

Aktionsidee 5

Besuch kommunaler Parlamente. Das Kommunalparlament kann sich gegen die Privatisierungsfolgen in der Region wenden. Hierzu ist es besonders wichtig, die Konservativen und Liberalen unter Druck zu setzen. Häufig sind Bundestagsabgeordnete auch auf unteren Ebenen Mandatsträger und, reden da ganz anders. Beschlußanträge sind hier sinnvoll. Einen Vorschlag der DPG Jugend findet ihr in diesem Info. Der Text muß aber unbedingt lokalen Problemen angepaßt werden und kann auch gerade in Bereichen, wo die graue Post eine größere Rolle spielt, in der Stoßrichtung andere Gestalt annehmen. Vorraussetzung für eine solche kommunale Aktion ist es, den Gesetzentwurf abzuwarten. Ansonsten werden auch und gerade SPD fraktionen solche Anträge zu vertage che, da ja noch nichts genaues vorliege.

Aktionsidee 6

Veranstaltungen zur Technologiepolitik der Post. Hier kann das Thema Datenschutz, soziale Technikgestaltung und die konkrete Veränderung der Arbeitsplätze durch Breitbandverkabelung /z.B. auch tele-shopping, home-banking/ angesprochen werden. Es gibt eine Reihe von Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten (z.B. auch Bürgerinitiativen), die aber die Verknüpfung zum Post-Thema nicht selbst angestoßen haben. Solche inhaltlichen Veranstaltungen können auch Versuche einleiten, in der SPD eine Beschlußfassung voranzutreiben, die dann kommunale Mandatsträger zu Beschlüssen etc. ermutigt. Das kann ja bis zum Bundesparteitag gehen.

Aktionsidee 7

Mit dem Infomaterial verknüpft führen JUSOS einen Umfrage unter den gewerkschaftlichen durch, welche Postleistungen brauchen ist, welche sind für euch wichtig, was bedeutet für euch eine neue Postpolitik. Von besonderer Bedeutung sind solche Aktionen in Bereichen, in denen die Post auch ein wichtiger Arbeitgeber ist. Anschließend wird eine Presseauswertung für die Lokalpresse mit einem Pressegespräch durchgeführt. Auch so können JUSOS sich Öffentlichkeit verschaffen.

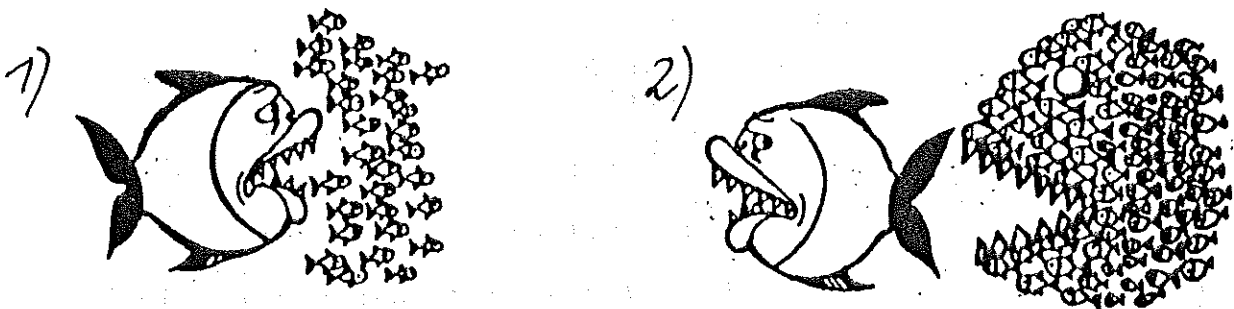
Im übrigen sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Über stattgefundene Aktionsbeispiele und andere Ideen wird im Laufe der nächsten Monate berichtet, denn die Aktionen zur Post werden sich bis ca 1990 hinziehen.

Matthias Kollatz //

Schon nach kurzer Zeit wird man rausfinden, welche Aktionen die effektivsten sind. Wichtig ist dann, daß Erfahrungen weitergegeben werden. Schickt ruhig alles Material von Euch an die Redaktion, wir wollen zum Thema Post und auch allgemein zum Thema Gewerkschaften mehrere Infos in nächster Zeit herausbringen; dann könnte Euer Material als Beispiel auch mit abgedruckt werden. Einiges davon können wir dann auch in den nächsten Ausgaben von VORAN abdrucken.

Dokumentiert Euer Aktionen in Form von Materialsammlung und Fotoserien auch für Euch selbst. Junge Arbeiter überzeugt eine solche Dokumentation oft mehr als nur rein Theoretisches, um selbst bei den Jusos aktiv zu werden.

Die Aktionen, die man macht, könnten zu einem späteren Zeitpunkt auf eine größere Veranstaltung hinauslaufen. Wer eine solche machen will, muß sie schon lange vorher plan, deshalb hier nochmals wichtige Hinweise...



... Über die Organisierung einer fetzigen Juso-Veranstaltung

Stuttgarter Jungsozialisten haben in den letzten Jahren einige Veranstaltungen durchgeführt mit einer Mischung aus Politik und Kultur. Dabei wurden Hunderte von Jugendlichen mobilisiert. Bei der Wahlkampfauftaktveranstaltung "Lasst die Wände wackeln" am 20. Sept. 1986 waren 300 Leute da.

Durch solche Veranstaltungen konnten immer neue Mitglieder für die Jusos gewonnen werden.

In Diskussionen mit Jusos aus anderen Stadtteilen, Städten oder Landkreisen wurde oft eingewendet, daß es unmöglich wäre in diesem oder jenem Gebiet eine solche Veranstaltung durchzuführen. Es ließe sich dafür niemand mobilisieren.

Diese Auffassung ist falsch. Überall wo Jugendliche wohnen und leben gibt es Potential für Jusos. Aufgabe der Juso-AGen ist es, dieses Potential zu mobilisieren. Grundvoraussetzung dafür ist eine positive Einstellung gegenüber Jugendlichen und politische Ideen, die Jugendliche überzeugen können, ihnen etwas anbieten, wofür es sich lohnt zu kämpfen. Wer denkt, Jugendliche sind alle rechts, unpolitisch, unwillig zu diskutieren oder wer selbst nicht weiß, warum er in der SPD oder bei den Jusos ist, wird niemals Jugendliche für die Jusos gewinnen.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Wer Jugendliche wirklich mobilisieren will für die Jusos, wird das auch schaffen. Es liegt nicht an den Jugendlichen, sondern an den Jusos, ob das klappt. Das wichtigste ist, Jugendliche auf Dinge anzusprechen, von denen sie sich betroffen fühlen.

Das ist oft nicht einfach. Themen, die durch die Medien aufbebauscht werden, sind nicht immer die wichtigsten.

Man muß im Alltag bewußt darauf hören was Jugendliche um einen rum diskutieren und machen und auf ihre Stimmung achten. Man muß sich überlegen, ob das was einen selbst empört, nicht auch andere empört.

Die erste Veranstaltung dieser Art, die wir durchführten, war das Schwarzfahrerfest 1983. Die meisten Stuttgarter Jusos waren damals skeptisch, ob das was wird. Die AG Mitte hatte dafür ein Flugblatt geschrieben, ein Plakat entworfen und ein eigenes Theaterprogramm geschrieben. Die AG hatte damals weniger als 10 Mitglieder. Anlaß für das Schwarzfahrerfest war eine Fahrpreiserhöhung im Verkehrsverbund Stuttgart. Wer selber oft Straßenbahn (schwarz) fährt, merkt den Unmut über die hohen Preise und die schlechten Verbindungen. Auffallend viele Jugendliche fahren einfach schwarz, weil sie wenig Geld haben und nicht einsehen, soviel für Fahrkarten zu bezahlen.

Dieses Fest sollte eine Diskussion provozieren über Fahrpreise und das Verkehrssystem überhaupt. Und wir wollten unge Leute für uns gewinnen, für Nulltarif, ein anderes Verkehrssystem und eine sozialistische Gesellschaft.

Jusos - gibts die überhaupt noch ?

Als wir Flugblätter verteilten im Stadtteil bekamen wir oft zu hören: "Jusos - gibts die überhaupt noch?" Inzwischen hören wir das selten. Es kommt jetzt sogar öfters vor, daß Leute schon was von uns gehört haben: "Ach Ihr habt doch mal ein Schwarzfahrerfest gemacht." Auch wenn die Leute nicht dort waren, können sie sich daran erinnern, weil die Plakate wochen- und monatelang zu sehen waren.

So macht man sich langsam einen Namen. Hauptsache ist, die Veranstaltungen bieten etwas. Das spricht sich irgendwie rum. Und beim nächsten mal kommen schon mehr Leute. Man kann nicht erwarten, daß bei der ersten Veranstaltung gleich die Massen strömen, wenn jahrelang nichts zu hören und sehen war von den Jusos.

Im Folgenden sollen die Erfahren nochmal zusammengefasst werden und allen Interessierten nützliche Hinweise gegeben werden für die Durchführung von solchen Veranstaltungen. Gerade im Wahlkampf sollten möglichst viele Genossinnen und Genossen auf ähnliche Weise aktiv werden um Jugendliche für die SPD zu mobilisieren und neue Mitglieder für die Jusos zu gewinnen.

Wie geht man vor bei Juso-Veranstaltungen ?

1. Längerfristige Planung

Man greift ein Thema auf, plant dazu eine Veranstaltung für einen Termin. Bei einer AG mit 5 - 10 Aktiven sollte zwischen Planung und Veranstaltung ein Zeitraum von 8 - 12 Wochen sein. Für die Woche nach der Veranstaltung solle eine AG-Sitzung oder eine größere Diskussionsveranstaltung festgesetzt sein zu der alle Interessierten von der Veranstaltung eingeladen werden.

Der Termin kann nicht immer frei gewählt werden, sondern ist abhängig davon, wann man einen Raum bekommt. Es sollte aber möglichst ein Samstag sein.

2. Raum

Der Raum für die Veranstaltung solle beim ersten mal nicht zu groß sein. Lieber einen brechend vollen Raum als einen halbleeren. 50 bis 80 Plätze genügen. In Jugendhäusern und Bürgerzentren bekommt man i.d.R einen Raum kostenlos. Der Raum sollte sauber hergerichtet und mit Postern, Fahnen, Bücher- und Infostand lebendig ausgestaltet sein. Für Essen und Trinken muß auch gesorgt sein.

3. Flugblatt und Plakat für die Mobilisierung

Sobald Raum und Termin feststehen, muß das Flugblatt und Plakat entworfen und in der AG diskutiert werden. Flugblätter müssen ansprechend geschrieben und aufgemacht werden. Die Vorderseite des Flugblatts sollte eine Verkleinerung des Plakats sein. So sind Plakat und Flugblatt sofort zu identifizieren. Beispiele von Flugblättern siehe im Anhang. Flugblätter und Plakate müssen ca. 3 Wochen vor der Veranstaltung fertig sein.

Auflage für Flugblätter: ca. 3.000 Stück

Auflage für Plakate: mind. 300.

Die Plakate sollten nicht zu groß sein (DIN-A-2-Format ist am besten zu plakatieren).

4. Veranstaltungshinweise in der Presse

In Lokalzeitungen, Amtsblättern, Kultur- und Stadtteilzeitungen sollten Veranstaltungshinweise erscheinen.

Es ist darauf zu achten, daß monatliche Kultur-Programmzeitschriften i.d.R. Mitte des vorhergehenden Monats Redaktionsschluß haben.

5. Programm

- Begrüßungsrede (5 bis 10 Minuten)
- Theater (1/2 Stunde bis 1 Stunde)
- Musik (Rock, Rock-Jazz oder sonst was, was Jugendlichen gefällt)

Das schwierigste ist das eigene Theaterprogramm. Wem nichts einfällt, kann einfach Sketche klauen bei bekannten Kabarettisten. Für ein eigenes Programm benötigt man viel Phantasie. Von der ersten Idee bis zu einem vollen Programm benötigt man einige Wochen.

Es ist unmöglich ein Theaterprogramm in AG-Sitzungen auszuarbeiten. Man kann allenfalls Ideen sammeln und einen Rahmen vorgeben. Einzelne Stücke und Sketche können nur von einzelnen Genossinnen und Genossen oder Gruppen von maximal 2 - 3 Leuten ausgearbeitet werden. Größere Gruppen arbeiten nach unserer Erfahrung ineffektiv. Sobald das Fest geplant ist, sollte es immer zweiter Tagesordnungspunkt sein nach dem politischen Thema auf AG-Sitzungen. Jemand vom Vorstand muß kurz berichten vom Stand der Vorbereitung. Aufgaben müssen übernommen werden.

Sobald ein Teil des Theaterprogramms steht, trifft sich die Theaterprogramm-Gruppe extra. Die letzte AG-Sitzung vor der Veranstaltung sollte ganz für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung reserviert bleiben.

Stehen einzelne Sketche, müssen sie verbunden werden durch ein Rahmenprogramm (Bsp. Tahesschau nachmachen, verschiedene Szenen in der Schwarzfahrerklinik, Moderator).

Sobald die ersten Sketche stehen, sollten sie vorgeführt werden, das regt die Phantasie der anderen AG-Mitglieder an. Es gibt Ideen, wie man das eine oder andere Stück noch verbessern kann. Die Texte müssen nicht vollständig auswendig gelernt werden. Bei den meisten Sketchen wird es möglich sein, die Texte vor sich zu legen.

Mit 4 bis 5 Spielern kann man schon ein gutes Theaterprogramm aufführen. Ein Spieler kann ohne weiteres mehrere Rollen übernehmen.

Außerdem sollte man versuchen Bekannte einzubeziehen ins Theater-spielen, entwerfen von Plakaten und beim Flugblätter verteilen. Bei uns haben Schüler z.B. ihre Mitschüler angesprochen ob sie Lust hätten Theater zu spielen. Ein Bekannter, der Graphiker ist, hat uns schon zwei Plakatentwürfe gemacht, obwohl er nicht aktiv ist bei den Jusos.

Für die Veranstaltung können verschiedene Beiprogramme gemacht werden. Am Infostand oder der Eintrittskasse kann ein Quiz ausgegeben werden, an dem sich jeder beteiligen kann. Bei den Schwarzfahrerfesten erhält der Sieger immer 40,-- Mark. Das ist die Strafe, wenn man erwischt wird. Wenn genug Platz ist, kann man Plakatstände aufbauen im Veranstaltungsraum. Oder man kann einen Wüchsenwurf-Wettbewerb durchführen in einem Nebenraum zum Sturz der Kohl-Regierung oder zum Sturz des Apartheidregimes usw.

Auf großes Interesse stieß der Sozialhilfe-Warenkorb für eine Woche, der bei der Wahlkampfauftaktveranstaltung am 20.9.86 im Foyer aufgebaut war.

6. Mobilisierung

Die Mobilisierung sollte sich konzentrieren auf Stadtteil, in dem die Veranstaltung stattfindet.

D.h. Flugblätter sollten verteilt werden an Schulen im Stadtteil, über Infostände in Einkaufsstraßen und Hausbesuche.

Die Flugblattverteilung und das Plakatieren sollte in der 3. und 2. Woche vor der Veranstaltung stattfinden.

Für das Plakatieren muß man für ca. 70 Plakate in einem dichtbesiedelten Stadtteil (mit vielen Schaltkästen und sonstigen Flächen zum Plakatieren) 2 Stunden Zeit für 2 Genoss(inn)en einplanen. Das Plakatieren ist aber wichtig. Vor allem auch deshalb, weil sie meist noch über den Tag der Veranstaltung hinaus hängen und so für die Jusos lange werben.

7. Finanzen

- Flugblätter (3000 doppelseitig bedruckt) DM 200,-- bis 300,--
- 500 Plakate (DIN A 2) DM 180,-- bis 200,--
- Musikgruppe DM 400,-- bis 500,--

Bei den Druckkosten gibt es von Druckerei zu Druckerei große Unterschiede.

Der Eintrittspreis sollte möglichst niedrig sein (2,-- Mark).

Über Getränke und Essenverkauf kann man auch ein paar hundert Mark reinholen (aber nicht zu teuer verkaufen)

Die Kosten für die Musikgruppe kann man sich evtl. sparen, wenn man selbst eine gute Disco macht. Live-Musik ist aber in jedem Fall besser.

Ortsverein und Juso-Unterbezirk können um finanzielle Unterstützung gefragt werden.

8. Der Veranstaltungstag

Alles muß gut organisiert und vorbereitet werden. Für die verschiedenen Arbeiten (Technik, Eintritt kassieren, Essen und Getränke verkaufen, Infostand, Quiz) müssen Verantwortliche festgelegt werden

Am Nachmittag vor der Veranstaltung ab 13.00 Uhr findet die Theaterprobe statt. Keine Angst. Wenn da nichts perfekt ist, klappt es trotzdem bei der Vorstellung am Abend.

Bei mehr als 50 Leuten und einem größeren Raum braucht man Mikrofone. Falls man eine Musikgruppe aht, kann man sich meist deren Mikros leihen. Nach der ersten Probe, kann die Musikgruppe aufbauen und Sound checken. Ca. 2 Stunden vor Beginn der Veranstaltung sollte dann Generalprobe sein (mit Mikrofonen). Gleichzeitig müssen die anderen Genossinnen und Genossen den Raum aufbauen (evtl. sauber machen, Tische/Stühle aufstellen, Plakate an die Wand, Infostand und Büchertisch aufbauen usw.) Außer den Theaterspielern braucht man mindestens 4 Leute für die anderen Arbeiten. Id.R. bekommt man dafür auch Unterstützung aus dem Ortsverein und anderen Juso-AGen.

Wichtig ist, daß man mit Besuchern ins Gespräch kommt, sie einfach fragt, wie sie das Programm finden, ob sie Interesse hätten bei den Jusos mitzuarbeiten...

Infostände sollten nicht dazu da sein, um sich dahinter zu verstecken, sondern um Interessierte anzusprechen.

Termin und Programm der nächsten AG-Sitzung (sofort in der folgenden Woche) müssen schriftliche angekündigt sein (Plakat, Flugblatt, Einladungsschreiben).

Am Info-Tisch muß eine Liste aushängen, wo Interessierte ihre Adresse aufschreiben können. Am Eingang sollte ein großes Plakat hängen, in die sich Interessierte eintragen können.

Wenn alle Ratschläge beachtet werden, seid Ihr bestimmt bald mehr in Eurer Juso-AG.

Ursel Beck, Jungsozialistin, Stuttgart

Bisher erschiene VORAN-INFO-Dienste können noch in der Redaktion bestellt werden, alle zum Solidaritätspreis von 2 DM:

- Nr. 1&2: Bundestagswahl 87 (mit Tips für die Arbeit noch heute)
- Nr. 3: Ladenschluß
- Nr. 4: Volkszählungs
- Nr. 5: 35-Stunden-Woche
- Nr. 6&7: Schülerbewegung
- Nr. 8: Internationales sozialistisches Jugendtreffen (IUSY) 1987 in Valencia
- Nr. 9: Ruhrgebiet/Stahl (incl. Extrablatt und Extrarundschreiben)



Ich möchte
VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

.....

Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adreßfeld
ausfüllen und einschicken.)

PschA Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

